

Anke Dörrzapf

Der Wandel im italienischen Parteiensystem

Die Abkehr von der Konsensdemokratie im Parteiensystem
und deren Auswirkungen auf die Stabilität der Regierungen

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 1999 GRIN Verlag
ISBN: 9783640442164

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/136812>

Anke Dörrzapf

Der Wandel im italienischen Parteiensystem

Die Abkehr von der Konsensdemokratie im Parteiensystem und deren Auswirkungen auf die Stabilität der Regierungen

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Ludwig-Maximilians-Universität München
Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft
Sommersemester 1999

Der Wandel im italienischen Parteiensystem

Die Abkehr von der Konsensdemokratie im Parteiensystem und deren
Auswirkungen auf die Stabilität der Regierungen

Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium
(M.A.)

Vorgelegt von: Anke Dörrzapf
30.09.1999

INHALTSVERZEICHNIS

<u>VERZEICHNIS DER TABELLEN UND ABBILDUNGEN</u>	4
<u>EINLEITUNG</u>	5
<u>1. DER THEORETISCHE RAHEMEN:</u>	
<u>DIE DEMOKRATIEMODELLE VON AREND LIJPHART</u>	8
1.1. MEHRHEITSDEMOKRATIE	8
1.2. DIE KONSENDEMOKRATIE	10
<u>2. DIE ELEMENTE DER KONSENS- DEMOKRATIE IM</u>	
<u>ITALIENISCHEN PARTEIENSYSTEM IM WANDEL</u>	13
2.1. DAS WAHLSYSTEM UND DIE REFORM 1993	13
2.1.1. DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN WAHLSYSTEM UND PARTEIENSYSTEM	13
2.1.2. DAS VERHÄLTNISSWAHLSYSTEM BIS 1993	16
2.1.3. DIE REFORM DES WAHLSYSTEMS 1993	17
2.2. DAS ITALIENISCHE MEHRPARTEIENSYSTEM: DIE ENTWICKLUNG DER ANZAHL DER PARTEIEN	20
2.2.1. KRITERIEN FÜR RELEVANTE PARTEIEN	20
2.2.2. DIE FRAGMENTIERUNG DES ITALIENISCHEN PARTEIENSYSTEMS IM WANDEL	23
2.2.2.1. Die Zahl der Parteien von 1946 bis 1992	24
2.2.2.2. Die Zahl der Parteien ab 1992	26
2.3. DAS MULTIDIMENSIONALE PARTEIENSYSTEM: DIE VERÄNDERUNG IN DER KOALITIONSBIILDUNG VOR DEM HINTERGRUND DES WANDELS DER KONFLIKTLINIEN	33
2.3.1. DIE VERÄNDERUNG DER KONFLIKTLINIEN DES ITALIENISCHEN PARTEIENSYSTEMS	34
2.3.1.1. Die <i>Cleavage</i> -Theorie	34
2.3.1.1.1. Der Zusammenhang zwischen Konfliktlinien und Parteiensystem	34
2.3.1.1.2. Kriterien zur Messung der Stärke von Konfliktlinien	35
2.3.1.2. Die Homogenisierung des italienischen Parteiensystems	37
2.3.1.2.1. Der sozio-ökonomische Konflikt	37
2.3.1.2.2. Der abnehmende Konflikt um die Religion	41
2.3.1.2.3. Der ideologische Konflikt zwischen Systemgegnern und Systembefürwortern	44
2.3.1.2.4. Die neue Anti-System-Partei Lega Nord und die territoriale Konfliktlinie zwischen Nord- und Süditalien	49
2.3.1.2.5. Der Einfluss der außenpolitischen Konfliktlinie und des Konflikts zwischen Materialisten und Postmaterialisten	55
2.3.2. DIE MÖGLICHKEITEN DER KOALITIONSBIILDUNG: VON DER „BLOCKIERTEN DEMOKRATIE“ ZUM EINGESCHRÄNKTE BIPOLARISMUS	57
2.3.2.1. Die Koalitionsbildung und die Mechanismen des Parteienwettbewerbs bis 1993	58
2.3.2.1.1. Tripolarität	58

2.3.2.1.2. Die Dominanz der Democrazia Cristiana	60
2.3.2.1.3. Der mangelnde Wechsel	61
2.3.2.1.4. Zentrifugaler Wettbewerb	62
2.3.2.1.5. Zentripetale Tendenzen, Depolarisierung und die Krise des alten Parteiensystems durch die Abschwächung der Konfliktlinien	63
2.3.2.2. Die neuen Möglichkeiten der Koalitionsbildung seit 1994	67
2.3.2.2.1. Bipolarität	67
2.3.2.2.2. Die neue Mitte und zentripetaler Wettbewerb	68
2.3.2.2.3. Die Einschränkungen des Bipolarismus	70

3. DIE MANGELNDE STABILITÄT DER REGIERUNGEN UND DIE GRÜNDE DAFÜR IM PARTEIENSYSTEM **75**

3.1. DIE INSTABILITÄT ITALIENISCHER REGIERUNGEN	77
3.1.1. KRITERIEN ZUR MESSUNG VON STABILITÄT	77
3.1.2. DIE INSTABILITÄT ITALIENISCHER REGIERUNGEN IM WANDEL	81
3.1.3. DIE BEDEUTUNG VON REGIERUNGSSTABILITÄT	83
3.2. DIE URSACHEN DER INSTABILITÄT ITALIENISCHER KABINETTE IM PARTEIENSYSTEM	87
3.2.1. DER EINFLUSS DES PARTEIENSYSTEMS AUF DIE STABILITÄT DER REGIERUNGEN	87
3.2.2. DIE GRÜNDE FÜR DIE INSTABILITÄT ITALIENISCHER REGIERUNGEN UND DIE ERHÖHTE STABILITÄT DER KABINETTE SEIT 1994 IM PARTEIENSYSTEM	89
3.2.2.1. Instabile Regierungen und die Zahl der Parteien	89
3.2.2.1.1. Das zersplitterte Parteiensystem	89
3.2.2.1.2. Die Fragmentierung der Regierung	90
3.2.2.1.3. Die Dominanz einer Partei in der Regierung	93
3.2.2.2. Die Größe der Regierung	94
3.2.2.3. Die Heterogenität und Polarisierung der Koalitionen	96
3.2.2.4. Der Wandel in der Struktur des Parteiensystems und der Einfluss des neuen Wahlsystems	100

4. DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER ITALIENISCHEN REGIERUNGSSTABILITÄT UND DER KONSENSDEMOKRATIE **105**

4.1. DIE FRAGMENTIERTEN REGIERUNGEN IM MEHRPARTEIENSYSTEM DER KONSENSDEMOKRATIE	106
4.2. DER KOALITIONSSTATUS ITALIENISCHER KABINETTE UND DER GERINGE ZUSAMMENHANG MIT DER KONSENSDEMOKRATIE	109
4.3. DIE HETEROGENEN REGIERUNGEN ALS PROBLEM DER KONSENSDEMOKRATIE	110
4.4. DIE STRUKTUR DES PARTEIENSYSTEMS UND DER NUR GERINGE ZUSAMMENHANG MIT DEN MODELLEN LIJPHARTS	110

SCHLUSSBEMERKUNG UND AUSBLICK **114**

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS **118**

ANHANG	127
ANHANG A: ITALIENISCHE PARTEIEN: NAMEN, ABKÜRZUNGEN UND DEUTSCHE ÜBERSETZUNG	128
ANHANG B: ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUR ABGEORDNETENKAMMER 1948 – 1992 IN PROZENT	130
ANHANG C: ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUR ABGEORDNETENKAMMER 1994 UND 1996 IM BEREICH DES VERHÄLTNISSWAHLSYSTEMS	131
WAHLERGEBNIS 1994	131
WAHLERGEBNIS 1996	133
ANHANG D: ITALIENISCHE KABINETTE 1946-1998: AMTSZEIT, ZUSAMMENSETZUNG, KOALITIONSSTATUS, DAUER	134
ANHANG E: INTERVIEW MIT KLAUS BRILL	136
ANHANG F: INTERVIEW MIT ANTONIO SODA	148
ANHANG G: INTERVIEW MIT GIOVANNI SARTORI	155

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Abbildungen:

Abbildung 1: Die regionale Verteilung des Bruttoinlandprodukts 1994	50
Abbildung 2: Die Polarisierung des Parteiensystems am Beispiel des Wahlergebnisses zur Abgeordnetenversammlung von 1976	59
Abbildung 3: Die Zentrifugalität des italienischen Parteiensystems in den Wahlergebnissen zur Abgeordnetenversammlung 1948-1976	62
Abbildung 4: Zentripetale Tendenzen der Wahlergebnisse zur Abgeordnetenversammlung 1979-1992	64
Abbildung 5: Die Entwicklung der prozentualen Anteile der zwei größten Parteien zwischen 1948 und 1996	70
Abbildung 6: Die Volatilität der Parlamentswahlen 1948-1996	74
Abbildung 7: Die Regierungsstabilität 1946-1994	82
Abbildung 8: Die Regierungsstabilität 1994-1998	82
Abbildung 9: Die Zersplitterung des Parteiensystems nach den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 1996	93

Tabellen:

Tabelle 1: Die Wahlbündnisse, die Parteien und die Sitzverteilung der Abgeordnetenversammlung nach der Wahl 1994	29
Tabelle 2: Die Wahlbündnisse, die Parteien und die Sitzverteilung der Abgeordnetenversammlung nach der Wahl 1996	30

EINLEITUNG

Das politische System Italiens und insbesondere dessen Parteiensystem gerieten 1992 in eine schwere Krise: Man warf dem Parteiensystem vor, instabile Mehrheiten zu produzieren, die zu einer im europäischen Vergleich extrem kurzen Lebensdauer von Regierungen führten: 1992 zählte man bereits die 49. Nachkriegsregierung.¹ Schuld an der Ineffizienz und Instabilität gab man vor allem den Parteien und insbesondere der Struktur des Parteiensystems: Es würde weder stabile Mehrheiten, noch einen klaren Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition ermöglichen, seine heterogenen Mehrheiten würden kurzlebige Regierungen bewirken.

Hilfe erhoffte man sich deswegen von einer Abkehr vom Konsensprinzip: Von der Mehrheitsdemokratie erwartete man sich Regierungen, die auf sicheren, langlebigen und homogenen Parlamentsmehrheiten basierten.² Das Mehrheitsprinzip sollte Machtwechsel ermöglichen, für klare Verantwortlichkeiten der Regierenden gegenüber den Wählern und für eine Reduzierung der Zahl der Parteien sorgen. Man glaubte, ein vom Mehrheitsprinzip geprägtes Parteiensystem würde das Land „regierbar“³ machen – auch wenn die Vorstellungen, die sich unter den Begriffen „Regierbarkeit“ („governabilità“) oder „Stabilität“ sammelten, relativ weit gefächert und nicht immer ganz klar waren. Nicht wenige setzten sich sogar ein Zweiparteiensystem zum Ziel.⁴

Die Idee der Abkehr vom Konsensprinzip war nicht neu: Bereits 1953 versuchten die Christdemokraten mit der „legge truffa“⁵, sich vom reinen Verhältniswahlssystem zu verabschieden: Eine „Mehrheitsprämie“ sollte stabilere Regierungen schaffen. Allerdings vermuteten die anderen Parteien hinter diesem Reformvorschlag die Interessen der Democrazia Cristiana, die damit ihre Macht ausbauen wollte, und ließen die Reform schnell wieder scheitern. Ab 1979 wurde wieder intensiver über eine Neuerung des Wahlsystems debattiert, ohne jedoch eine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen.⁶

¹ Vgl. Chiellino, Carmine/Marchio, Fernando/Rongoni, Giocondo: Italien. München: Beck 1995³, S. 292f.

² Vgl. Calise, Mauro: Remaking the Italian Party System: How Lijphart Got It Wrong by Saying It Right. In: West European Politics Bd. 16 Heft 4 (1993), S. 547ff.

³ Katz, Richard S.: Le nuove leggi per l'elezione del parlamento. In: Mershon, Carol/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Politica in Italia. I fatti dell'anno e le interpretazioni. Edizione 94. Bologna: Mulino 1994, S. 162.

⁴ Vgl. ebd. S. 162ff.

⁵ Pombeni, Paolo: La rappresentanza politica. In: Romanelli, Raffaele (Hrsg.): Storia dello stato italiano dall'Unità a oggi. Roma: Donzelli 1995, S. 119.

⁶ Vgl. Zohlnhöfer, Reimut: Die Transformation des italienischen Parteiensystems in den 90er Jahren. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft Bd. 8 Heft 4 (1998), S. 1377.

Erst die Aufdeckung der zahlreichen Korruptionsskandale durch Mailänder Staatsanwälte hatte 1992 eine Welle ausgelöst, in der das ganze System in Frage gestellt wurde. Die ohnehin weit unter dem europäischen Durchschnitt liegende Demokratiezufriedenheit der Italiener sank 1992 auf den Tiefstand.⁷ Endlich schien es sowohl bei den Politikern als auch bei der Bevölkerung Einigkeit darüber zu geben, dass eine Reform unaufschiebbar sei. Man ging endlich die Reformen an, an denen man sich seit Jahrzehnten versuchte. Erst jetzt bekamen sie den nötigen Elan:

In einem Referendum, das der Abgeordnete Mario Segni initiiert hatte, entschieden sich 82,7 Prozent der Wähler 1993 für die Einführung eines Mehrheitswahlsystems.⁸ Die Reform des gesamten politischen Systems sollte folgen. Letztere lässt allerdings noch immer auf sich warten.

Doch zumindest Italiens Parteiensystem hat sich gewandelt: Diese Arbeit will klären, ob seit der Krise Anfang der neunziger Jahre und nach der Änderung des Wahlsystems 1993 tatsächlich eine Hinwendung zur Mehrheitsdemokratie im Parteiensystem vollzogen wurde und ob eine Verstärkung mehrheitsdemokratischer Elemente im Parteiensystem italienische Regierungen stabiler gemacht hat, wie man es sich erhofft hatte.

Der Wandel des italienischen Parteiensystems soll deshalb vor dem Hintergrund der Modelle der Mehrheits- und der Konsensdemokratie von Arend Lijphart analysiert werden:

Hat sich das italienische Parteiensystem durch den Wandel Anfang der neunziger Jahre von dem bis dahin dominierenden Konsensprinzip entfernt? Oder haben sich nur die Namen der Parteien geändert, während alles beim Alten blieb?

Im Zusammenhang mit dem Demokratiemodellen Lijpharts wird dabei unter anderem auf die Theorie der Konfliktlinien von Seymour Lipset und Stein Rokkan eingegangen: Inwiefern hat auch eine Homogenisierung, bzw. eine Depolarisierung der Konfliktlinien das italienische Parteiensystem verändert?

Anschließend werden die Auswirkungen des Wandels im Parteiensystem auf die Stabilität der Regierungen untersucht: Hat sich die Lebensdauer der Kabinette seit Anfang der neunziger Jahre erhöht? Welche Gründe gibt es im italienischen Parteiensystem für die Instabilität der Regierungen? Welchen Einfluss hatte der Wandel auf die Stabilität? Steht die Stabilität italienischer Kabinette überhaupt im Zusammenhang mit den Demokratiemodellen Lijpharts? Hat die Abkehr vom Konsensprinzip im Parteiensystem Regierungen tatsächlich

⁷ Vgl. Zohnhöfer, Die Transformation des italienischen Parteiensystems in den 90er Jahren, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1998, S. 1376.

stabiler gemacht? Kann eine weitere Verstärkung der mehrheitsdemokratischen Elemente im Parteiensystem die Stabilität fördern?

In dieser Magisterarbeit wird auf verschiedene Theorien eingegangen. Sie dienen hier als Hilfsmittel, um Strukturen und Mechanismen des italienischen Parteiensystems zu beleuchten. Natürlich haben auch sie - wie jede Theorie - ihre Schwachstellen und können nicht alle Phänomene vollständig erklären. Die Theorien werden nur in Bezug auf das italienische Parteiensystem verwendet. Es erfolgt keine generelle Diskussion über ihre Vor- und Nachteile im Allgemeinen. Wenn Schwachstellen der Theorie erläutert werden, dann nur im Hinblick auf den konkreten italienischen Fall. Wendet man diese Theorien auf andere Länder an, mag das durchaus ganz anders aussehen.

Hinsichtlich Italiens greift diese Arbeit in erster Linie auf Sekundärliteratur der italienischen Politikwissenschaft zurück, sowie auf die weniger zahlreich vorhandenen Untersuchungen englisch- oder deutschsprachiger Autoren. Befasst man sich mit dem italienischen Parteiensystem kommt man nicht umhin, sich mit den Standpunkten Giovanni Sartoris auseinanderzusetzen, da er sowohl die italienische Politologie als auch die öffentliche Reformdebatte in den italienischen Medien maßgeblich beeinflusst. Daher wurde auch ein Interview mit ihm geführt. Außerdem wird natürlich auch auf Untersuchungen und Standpunkte anderer Politologen eingegangen, die sich unter anderem auf das politische Systems Italiens spezialisiert haben wie zum Beispiel Giorgio Galli, Paolo Farneti, Stefano Bartolini, Roberto D'Alimonte, Luciano Bardi, David Hine, Ludger Helms und andere. Daneben basiert die Arbeit auf eigenen Recherchen, zum Beispiel zur genauen Anzahl der Parteien in der derzeitigen Abgeordnetenversammlung, die interessanterweise nicht einmal beim italienischen Parlament zu erfahren war, sowie auf Interviews der Verfasserin mit Antonio Soda, einem Abgeordneten im bikameralen Ausschuss für Verfassungsreformen, über die praktischen Erfahrungen und Probleme mit dem italienischen Parteiensystem in der parlamentarischen Arbeit und mit dem Italienkorrespondenten der Süddeutschen Zeitung, Klaus Brill, über die Eigenarten der politischen Auseinandersetzung, die Verhaltensweisen und politische Kultur italienischer Parlamentarier.

⁸ Vgl. Weber, Peter: Wege aus der Krise: Wahlreform und Referenden in Italien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34 (26.08.94), S. 24.

1. DER THEORETISCHE RAHEMEN: DIE DEMOKRATIEMODELLE VON AREND LIJPHART

Eines der grundlegenden Dilemmata der Demokratie ist die Frage: Wer regiert und welchen Interessen soll die Regierung verantwortlich sein? Denen der Mehrheit oder so vielen wie möglich?

Je nachdem, wie man diese Frage beantwortet, ergeben sich zwei Demokratiemodelle mit unterschiedlichen Konsequenzen für das Parteiensystem:

1.1. Mehrheitsdemokratie

Diesem Modell liegt die Auffassung zugrunde, dass in einer Demokratie die Mehrheit zu entscheiden hat.⁹

Für die Regierung ergeben sich daraus folgende Eigenschaften: Die Exekutivmacht ist hochgradig konzentriert: In der Regel stellt die Partei, die über die Mehrheit der Parlamentssitze verfügt, die Regierung.¹⁰ Sie regiert alleine oder dominiert zumindest die kleinstmögliche Koalition.¹¹ Die Minderheit ist von der Macht ausgeschlossen.¹² Da normalerweise die Mehrheitspartei die Regierung stellt, findet eine Verschränkung von exekutiver und legislativer Macht statt, wobei in der Regel das Kabinett das Parlament dominiert: Die Legislative hat gegenüber der Exekutive eine schwächere Position.¹³ Durch die ungeschriebene Verfassung der Mehrheitsdemokratie erhält die Parlamentsmehrheit - und damit auch die Regierung – weit reichende Souveränität.¹⁴ Ihre Macht wird außerdem weder durch den unitarisch und zentralistisch organisierten Staat,¹⁵ noch durch eine zweite Kammer

⁹ Vgl. Lijphart, Arend: Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries. New Haven/London: Yale University Press 1984, S. 21.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 6.

¹¹ Vgl. Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen: Leske und Budrich 1997², S. 241.

¹² Vgl. Lijphart, Democracies, 1984, S. 6.

¹³ Vgl. ebd., S. 6f. Lijphart mißt die Stärke der Exekutive in der durchschnittlichen Lebensdauer von Kabinetten in Monaten.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 8.

eingeschränkt. Wenn es eine zweite Kammer gibt, so hat die erste Kammer im asymmetrischen Bikameralismus wesentlich mehr Kompetenzen.¹⁶ Auch direktdemokratische Elemente, wie zum Beispiel Referenden, limitieren die Macht der Mehrheit nicht: Die Mehrheitsdemokratie ist eine rein repräsentative Demokratie mit Parlamentsouveränität.¹⁷ In Anlehnung an das britische politische System, das Lijphart als bestes Beispiel dafür ansieht, bezeichnet er das Mehrheitsmodell auch als Westminstermodell.

Das Parteiensystem der Mehrheitsdemokratie ist in der Regel ein Zweiparteiensystem, das eine klare Trennung zwischen Mehrheit und Opposition bewirkt. Zwar kann es durchaus noch zusätzliche Parteien geben, doch normalerweise sind diese nicht groß genug, um die Mehrheit zu gewinnen, oder Koalitionen erzwingen zu können.¹⁸ Das Parteiensystem ist außerdem eindimensional: Die Gesellschaft ist hochgradig homogen und deshalb in erster Linie durch das Links-Rechts-Spektrum sozio-ökonomischer Konflikte getrennt. Andere innergesellschaftliche Konfliktlinien sind nicht stark genug, um zusätzliche Trennungslinien im Parteiensystem und weitere Parteien im Parlament entstehen zu lassen.¹⁹ Das Parlament wird durch ein Mehrheitswahlsystem bestellt.²⁰

Die Mehrheitsdemokratie eigne sich, so Lijphart, vor allem für homogene Gesellschaften.²¹ Zu ihren Vorzügen gehört, dass sie die Macht in den Händen der Mehrheit bündelt: Diese müsse daher keine zeitraubenden Kompromisse aushandeln und könne schneller auf konkrete Probleme reagieren. Da in der Mehrheitsdemokratie meistens nur eine Partei ohne Koalitionspartner regiert, schreibt man ihr stabilere Regierungen zu.²² Der Wähler hat außerdem eine klare Wahl zwischen zwei Alternativen.²³ Die Verantwortung für die Regierungsarbeit liegt deutlich bei der Mehrheitspartei und nicht bei einem schwer durchschaubaren Beziehungsgeflecht von Koalitionspartnern: Wenn die Mehrheit der Wähler mit der Leistung der Regierung nicht zufrieden war, kann sie die Regierung beim nächsten Wahltermin abwählen. Der Nachteil dieses Demokratiemodells besteht in der mangelnden Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, da es Minderheiten nicht an den

¹⁶ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 7.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 7.

¹⁹ Lijphart geht von einem Zusammenhang zwischen der Anzahl der Konfliktlinien in der Gesellschaft und der Anzahl der Parteien aus. Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 148f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 8.

²¹ Vgl. Schmidt, *Demokratiethorien*, 1997², S. 246.

²² Lijphart, Arend: *Forms, performance, and constitutional engineering*. In: *European Journal of Political Research* 25 (1994), S. 1. Inwieweit dies tatsächlich zutrifft, wird später in dieser Magisterarbeit noch untersucht werden.

Entscheidungen beteiligt. Je länger die gleiche Mehrheitskonstellation an der Regierung bleibt, desto länger wird die Minderheit von der Macht ausgeschlossen und desto größer wird die Gefahr einer „Tyrannei der Mehrheit“. In Großbritannien regierten die Konservativen zum Beispiel zwischen 1979 und 1997 18 Jahre in Folge.²⁴ Kritiker dieses Modells sehen darin ein Demokratiedefizit.²⁵

1.2. Die Konsensdemokratie

Das oben erwähnte Problem der Mehrheitsdemokratie will das Konsensprinzip vermeiden: Ihm liegt folgende Auffassung zugrunde: Alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollten an der Entscheidung beteiligt werden. Die Konsensdemokratie „versucht soviel Konsens wie möglich zu erreichen, indem sie die Mehrheitsherrschaft beschränkt und politische Macht teilt, streut und begrenzt.“²⁶

Die Exekutive wird deshalb durch Machtteilung eingeschränkt: Im Idealfall sind alle wichtigen Parteien in einer großen Koalition vertreten, wie zum Beispiel im Schweizer Bundesrat mit seiner „Zauberformel“.²⁷ Hier weist die Konsensdemokratie Ähnlichkeiten mit der Konkordanzdemokratie Lehmbruchs auf. Beide Modelle unterschieden sich - so Lijphart - darin, dass die Konsensdemokratie nach Machtteilung strebt, während die Konkordanzdemokratie sie erfordert und vorschreibt, dass dabei alle wichtigen Gruppen berücksichtigt werden.²⁸

Die Kabinette der Konsensdemokratie sind meistens übergroß („oversized“²⁹). Exekutive und Legislative sind voneinander weniger abhängig, die Regierung hat dem Parlament gegenüber eine schwächere Position als im Westminstermodell: Die Stärke der beiden Gewalten ist möglichst ausgewogen.³⁰ Ein symmetrischer und inkongruenter Bikameralismus und ein föderalistischer und dezentraler Staatsaufbau schränken die Macht der Mehrheit zusätzlich

²³ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 110.

²⁴ Vgl. Hübner, Emil/ Münch, Ursula: *Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung*. München: Beck 1998, S. 103.

²⁵ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 21f.

²⁶ Lijphart, *Democracies*, in: *European Journal of Political Research*, 1994, S.2.

²⁷ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 23.

²⁸ Vgl. Schmidt, *Demokratietheorien*, 1997², S. 242.

²⁹ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 64.

³⁰ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 25 und S. 67..

ein.³¹ Diese Aufgabe erfüllt auch eine geschriebene Verfassung, die nur schwer und nur mit der Zustimmung von Minoritäten zu verändern ist.³²

Das Parteiensystem unterscheidet sich ebenfalls vom Mehrheitsmodell: Die Gesellschaft ist heterogen und von zahlreichen Konfliktlinien geteilt, die sich in dem multidimensionalen Mehrparteiensystem widerspiegeln. Durch ein Verhältniswahlssystem können sich die verschiedenen Konfliktlinien des Landes in das Parteiensystem übersetzen. Keine Partei kommt dem Mehrheitsstatus nahe.³³

Das Konsensusmodell schränkt den Spielraum der Mehrheit stark ein und gibt der Mehrheit *und* den Minderheiten Teilhabe an der Macht.³⁴ Lijphart hält es deshalb für besonders geeignet für heterogene Gesellschaften.³⁵ Denn würden deren Minderheiten wie in der Mehrheitsdemokratie von der Macht ausgeschlossen werden, könnten sie leicht die Bindung zum Regime verlieren. In gespaltenen Gesellschaften müsse der Konsens herausgestellt werden, die Minderheiten müssten an der Entscheidung beteiligt werden.³⁶ So würden sie in das System integriert. Für Lijphart ist es das bessere der beiden Demokratiemodelle.³⁷ Trotzdem werden ihm Mängel nachgesagt: Entscheidungen benötigten mehr Zeit als im Westminstermodell, da man erst den nötigen, breiteren Kompromiss erzielen müsse.³⁸ Die Regierungen der Konsensdemokratie gelten als instabiler.³⁹

Beide Modelle unterscheiden sich somit deutlich durch die Art ihrer Parteiensysteme und sind daher als Erklärungsmodell und Folie am besten geeignet, um den Wandel im italienischen Parteiensystem darzustellen. Andere Modelle, wie zum Beispiel die der parlamentarischen und präsidentiellen Demokratie, machen keinen klaren Unterschied in der Struktur ihrer Parteiensysteme: Denn gerade parlamentarische Demokratien können sowohl Zweiparteiensysteme wie in Großbritannien als auch Mehrparteiensysteme aufweisen.

³¹ Vgl. ebd., S. 90ff.

³² Vgl. ebd., S. 29.

³³ Vgl. ebd., S. 26ff.

³⁴ Vgl. Schmidt, *Demokratietheorien*, 1997², S. 242.

³⁵ Vgl. Lijphart, *Democracies*, 1984, S. 3f.

³⁶ Vgl. ebd., S. 22f.

³⁷ Vgl. Lijphart, *Democracies*, in: *European Journal of Political Research*, 1994, S. 1 und 12ff und Schmidt, *Demokratietheorien*, 1997², S. 247f.

³⁸ Vgl. ebd., S. 12.

³⁹ Vgl. Lijphart, *Democracies*, in: *European Journal of Political Research*, 1994, S. 3.